



Europa – das Thema der DGB-Jugend

Die Jugend hat die Wahl

Im Mai 2014 ist Europawahl – und noch nie war sie wichtiger.
Von Michael Wagner

Europa braucht dringend einen Kurswechsel und dazu braucht es ein starkes Parlament. Denn die Partei, die am stärksten aus der Europawahl hervorgeht, gibt vor, wer der neue Kommissionspräsident wird. Und der bestimmt maßgeblich die Leitlinien der europäischen Politik.

Fast sechs Millionen junge Leute in der EU, das ist beinahe ein Viertel aller Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, sind arbeitslos. In Griechenland und Spanien sind inzwischen knapp 60 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit. Es ist einfach verständlich: Denn wer Bankenrettungsfonds in dreistelliger Milliardenhöhe mobilisieren kann, wie dies anlässlich der Finanzkrise geschehen ist, muss doch auch in der Lage sein, Europas Jugend zu retten.

Immerhin wurde im letzten Jahr die Einführung einer Jugendgarantie beschlossen. Demnach soll jedem arbeitslosen Jugendlichen bis 25 Jahre in der Europäischen Union innerhalb von vier Monaten ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz unterbreitet werden. Dafür stehen jetzt sechs Milliarden Euro, verteilt auf zwei Jahre, bereit. Aber allein die ILO, die Internationale Arbeitsorganisation, schätzt den Bedarf schon auf mindestens 21 Milliarden Euro. Sechs Milliarden – ist das der Wert der europäischen Jugend? Das sind für jeden arbeitslosen Jugendlichen nicht einmal zehn Euro pro Woche.

Europa ist an einem Scheideweg. In letzter Zeit war immer wieder von einem Ende der Krise

die Rede. Und es stimmt: Die Voraussagen der Wirtschaftsexperten sind nicht mehr so schlecht wie in den letzten Jahren. Aber alle diese Zahlen sind mit enormen Risiken behaftet: Die Banken sind vielerorts trotz Milliardenhilfen noch marode und die Wirtschaft leidet stark unter der verordneten Sparpolitik. Ausgabenkürzungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst haben zu einer Verarmung ganzer Landstriche in Südeuropa geführt. Die Staaten sparen sich immer tiefer in die Krise hinein, aus den Staatsschulden kommen sie so aber nicht heraus.

Unsere Forderungen: Wir wollen eine schnellere Umsetzung der Jugendgarantie, die Aufstockung der viel zu geringen finanziellen Mittel – und dass nachhaltige Arbeitsplätze für junge Menschen durch Investitionen geschaffen werden. Wir müssen in dieser Frage gemeinsam den Druck erhöhen: Hoffnungslosigkeit der Jugend und die damit verbundenen sozialen Probleme waren schon immer der Nährboden für all diejenigen, die Demokratie und Menschenrechte verachten.

Da müssen wir gegensteuern – und aktiver werden, wenn es um Probleme in internationalem Rahmen geht. Dabei werden wir erleben, dass überall gleiche Vorstellungen von gutem Leben und guter Arbeit existieren – und die Menschen nicht anders als wir über eine soziale und gerechte Welt nachdenken. ▀



Michael Wagner ist bei der DGB-Jugend zuständig für Europapolitik.

Das DGB-Jugend-Portal zur Wahl:
<http://jugend.dgb.de/-/li>

Ausgabe Mai 2014

inhalt

3 thema

Die Jugend auf dem DGB-Kongress

4 schule, ausbildung, studium & beruf

Elke Hannack zum Berufsbildungsbericht Hartz IV für Azubis und Studis

5 jav-ratgeber

Übernahme der Ersatz-JAVis

6 projekte

Das war der 1. Mai
Gedenkkultur: Kluges Erinnern

7 bezirke + gewerkschaften

DGB-Jugend Hagen: Wirtschaftsdiskurs ver.di: Flashmobs erlaubt

Höchste Eisenbahn



Verspäten verboten – der Ausbildungsstellenmarkt steht kurz vor knapp! Der DGB veröffentlicht deshalb ein Positionspapier zum Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

www.dgb.de/-/lhm

DGB gegen Rechts



»Für ein Europa mit Zukunft – sozial, gerecht und demokratisch« heißt die neue DGB-Broschüre. Im Fokus: der Rechtsdrall in den EU-Ländern.

Gibt's unter www.dgb-bestellservice.de

Personalräte – Der Preis

Die Bewerbungsfrist für den »Deutschen Personalräte-Preis 2014« läuft. Noch bis zum 31. Mai 2014 können Projekte eingereicht werden. Die DGB-Jugend verleiht einen Sonderpreis.

Infos: www.dprp.de

Junge Gruppe fordert

Bundesjugendkonferenz bei der GdP // Der Bundesjugendkongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Bundesregierung und die Regierungen der Länder im April 2014 in Berlin aufgefordert, die Zukunftsfähigkeit der Polizisten auch künftig zu gewährleisten. Dazu seien Überlegungen für eine umgehende Föderalismusreform ebenso notwendig wie eine vernünftige Personalausstattung, verlangten die mehr als 100 Delegierten aus ganz Deutschland. »Der stetige, mit Schuldenbremse und Sparzwängen begründete Personalabbau ist umgehend und dringend zu unterbinden«, erklärten die jungen Polizist_innen, die mehr als 34.000 Mitglieder der Jungen Gruppe in der GdP vertreten. Auch gefordert: dass sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen »im Rahmen repressiver Möglichkeiten« konsequent gegen Gewalt an Polizeibeamt_innen vorgehen.

www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/JG_ResoBJK2014

Wissenschaftsrat rät

Neue Töne in der Berufsbildung // 2013 gab es erstmals mehr Studienanfänger_innen als neue Azubis. Der Wissenschaftsrat warnt nun davor, beides gegeneinander auszuspielen. »Das Ausbildungsprofil aller Berufe muss insgesamt hin zu mehr wissensbasierter Qualifikation verschoben werden«, sagt der Vorsitzende **Wolfgang Marquardt**. Niemand könne heute eine Quote nennen, wie viele betrieblich oder akademisch Ausgebildete der Arbeitsmarkt in Zukunft benötige. Der Wissenschaftsrat, der Regierungen von Bund und Ländern berät, will mehr Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung. Vorgeschlagen wird z. B., bei der Studienzulassung von Nicht-Abiturient_innen auf die heute in der Regel noch übliche Fachbindung der bisherigen Ausbildung zu verzichten.

www.wissenschaftsrat.de

Trend zur Zweitdiät

Politiker_innen arbeiten doppelt // Jeder vierte Bundestagsabgeordnete geht einer bezahlten Nebentätigkeit nach. Das hat eine Untersuchung der Otto-Brenner-Stiftung ergeben. Titel: Aufstocker im Bundestag.

Soli aktuell findet: Den Menschen geht es eben immer schlechter.

www.otto-brenner-stiftung.de

Kicken und Arbeiten

Schichtverschiebung // Die Fußball-WM in Brasilien braucht Zuschauer_innen. Wegen der Zeitverschiebung sind viele WM-Spiele in Deutschland erst am späten Abend zu sehen – einige werden erst am Mitternacht angepfiffen. Gewerkschafter wie IG BCE-Chef **Michael Vassiliadis** und IG BAU-Chef **Robert Feiger** sprechen sich deshalb für eine Anpassung der Arbeitszeiten aus. So sollte die Frühschicht am nächsten Tag später beginnen.

Bundesagentur revisited

Ausbildungsdaten April // Daten von der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Ausbildungsstellenmarkt, Ausgabe April: Bundesweit haben sich bei der BA 448.916 Bewerber_innen für einen Ausbildungsplatz gemeldet. Das sind 12.078 oder 2,8 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Ihnen steht ein Angebot von 434.847 gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber (davon 426.960 betrieblich). Das sind 12.244 Stellen (+2,9 Prozent) mehr als im Vorjahresmonat.

<http://jugend.dgb.de/-/XhP>

Viel Geld im Rückwärtsgang

Bildungsetat // Die Ausgaben für Bildung in Deutschland sind auf einen Rekordwert gestiegen. Rund 247,4 Milliarden Euro wurden 2012 in Bildung, Forschung und Wissenschaft investiert – 1,9 Prozent mehr als 2011. Total verrückt: Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2012 bei 9,3 Prozent – wie im Vorjahr. 2009 hatte er noch 9,5 Prozent ausgemacht.

Soli aktuell rechnet: Mehr Geld, weniger Prozente.

www.destatis.de

Schlechtes Ergebnis

Arbeitsrealität // Ein Sechstel der Arbeitnehmer_innen in Deutschland leistet regelmäßig unbezahlte Überstunden. Das ist das zentrale Ergebnis des DGB-Index Gute Arbeit.

www.dgb.de/-/zIB

Zahlungen bleiben aus

Rana-Plaza-Unglück // Anlässlich des Jahrestages des Fabrikeinsturzes von Rana Plaza in Bangladesch hat ver.di am 23. April 2014 gemeinsam mit anderen Organisationen die verantwortlichen Textilfirmen aufgefordert, endlich substanzielle Beiträge in den von der internationalen Arbeitsorganisation ILO kontrollierten Entschädigungsfonds für die Opfer einzuzahlen. Bei dem Unglück waren viele Textilarbeiter_innen gestorben, die für europäische Handelsketten gearbeitet hatten.

Soli aktuell sagt: Wer billig Klamotten herstellen lässt, zieht sich billig aus der Affäre.

www.verdi.de

Gewerkschaftsführer gestorben



D. Khatri

Traurige Nachricht // Dorje Khatri, Vorsitzender der nepalesischen Sherpa-Gewerkschaft, ist unter den Todesopfern des Lawinunglücks am Mount Everest im April 2014. Als Sherpa im Himalaya hat er sich nicht nur um die Sicherheit von Bergsteiger_innen gekümmert. Sondern er hat auch gefordert, dass die Gewerkschaften gegen den Klimawandel vorgehen müssen. 2011 hatte er die Fahne des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Gipfel des höchsten Bergs der Welt aufgestellt.

<http://igbau.de>

Jugend weiß Bescheid

Rentendebatte // Die IG Metall hat in der Debatte um die abschlagfreie Rente für langjährig Versicherte eine hohe Unterstützung in der Bevölkerung festgestellt. Junge Menschen begrüßten die vorzeitige, abschlagsfreie Rente für Menschen, die lange gearbeitet haben. Bei den 18- bis 34-Jährigen liege die Zustimmung mit 89 Prozent sogar über dem Durchschnitt aller Befragten von 87 Prozent. Das hat eine repräsentative TNS-Infratest-Umfrage im Auftrag der IG Metall ergeben.

www.igmetall.de

Praktikantin schlägt zurück

Ausbeutung // Acht Monate arbeitete eine 19-Jährige in einem Bochumer Supermarkt als Praktikantin. Und zwar unbezahlt. Sie verklagte das Geschäft. Nun bekommt sie rückwirkend die Arbeitsstunden bezahlt – das Arbeitsgericht Bochum hat ihr 17.281,50 Euro zugesprochen.

Soli aktuell fragt: Was hast du dir denn dabei gedacht, Supermarkt?

Arbeitsgericht Bochum, Az.: 2 Ca 1482/13

Vielseitige Ausbildung

Pflegebranche // Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, **Karl-Josef Laumann** (CDU), hat sich für eine Vereinheitlichung der Ausbildung von Pflegekräften ausgesprochen. Es müsse eine generalistische Ausbildung mit einer gewissen Spezialisierung geben, so dass sie sowohl im Krankenhaus als auch in der Altenpflege arbeiten können.

www.patientenbeauftragter.de

Engagement braucht Mittel

Soundbite // »Wir erwarten eine deutliche Erhöhung der Förderung für die Jugendverbände! Viele Abgeordnete und Mitglieder der



L. Maier

Regierung haben uns vor der Wahl ihr Wort für eine angemessene und verlässliche finanzielle Förderung gegeben. Auch im Koalitionsvertrag steht: »Wir unterstützen die Selbstorganisation Jugendlicher in Jugendverbänden, sie sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie.«



S. Groschwitz

Die Vorsitzenden des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) Lisi Maier und Stephan Groschwitz.

www.dbjr.de/standpunkt

Personalabteilung

Kevin Komolka, 25, Polizeibeamter in Niedersachsen, ist neuer Bundesvorsitzender der Jungen Gruppe in der GdP. Er folgt auf **Sabrina Kunz**. Glückwunsch, Kevin! Tschüs, Sabrina!



S. Kunz



K. Komolka

Foto: Hagen Imme

Legitimer Ungehorsam

Die Gewerkschaftsjugend auf dem 20. DGB-Bundeskongress.

Niedriglohnreserve – Kein Bock«, »Sind wir weniger wert?« – so lauten die Slogans, die sich die Gewerkschaftsjugend auf ihre Schilder gemalt hat. Gerade kommt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) auf dem DGB-Kongress an, im Gepäck hat sie den flächendeckenden Mindestlohn. Supergeil!

Was nicht so schön ist: Es soll eine Reihe Ausnahmen von der 8,50-Euro-Regel geben. Und eine nervt die 36 Delegierten unter 27 Jahren im Berliner CityCube besonders: Für Jugendliche unter 18 soll der Mindestlohn nicht gelten.

»Ich bin keine Ausnahme« steht deshalb auf den Aktions-T-Shirts. Jahrelang haben die Gewerkschaften für einen Mindestlohn gestritten, jetzt kommt er – und dann das. Nahles lässt sich nicht beeindrucken. Nach einigem Hallo und »Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen« stellt sie klar: Ein Mindestlohn für Unter-18-Jährige würde »falsche Anreize« bieten. Statt eine Ausbildung zu machen, würden viele junge Leute zum höheren Stundenlohn arbeiten. Da hilft es auch nicht, dass erst kürzlich Daten der Hans-Böckler-Stiftung das Gegenteil erbracht haben.

Die Ministerin redet; aber das letzte Wort dürfte für die DGB-Jugend in dieser Sache noch nicht gesprochen worden sein. Die 360 übrigen Delegierten, der Jugendanteil macht dieses Jahr neun Prozent aus, sehen das nicht anders – die Gewerkschaften werden gegen Ausnahmen kämpfen.

Vom 11. bis 16. Mai 2014 fand der 20. DGB-Kongress statt, und er begann mit recht historischen Begebenheiten. Michael Sommer, seit zwölf Jahren DGB-Chef, trat von seinem Amt zurück. Gleichzeitig wurde der Vorstand von



Sprechblasen nur für die Optik: Die Delegierten der Gewerkschaftsjugend

fünf auf vier Mitglieder verkleinert. Reiner Hoffmann von der IG BCE, mit viel internationaler Erfahrung, ist neuer DGB-Chef. Die Vize-Vorsitzende Elke Hannack wurde in ihrem Amt bestätigt, ebenso Annelie Buntenbach. Auch Stefan Körzell gehört jetzt dazu.

Und kaum dass Nahles geendet hat, kann sich die neue DGB-Führung gleich mit dem nächsten Jugendthema beschäftigen: dem zivilen Ungehorsam. Der Bundesjugendausschuss hatte einen entsprechenden Antrag weitergeleitet – Blockaden z. B. bei Nazi-Demos sollen gängige Praxis des DGB werden.

Der ver.di-Bundesjugendvorsitzende Simon Habermas setzt dieses Anliegen mit einer furiosen Rede durch. »Von diesem Kongress soll ein klares Signal für zivilen Ungehorsam ausgehen.« Bundespräsident Joachim Gauck habe in seiner Rede an das »Parlament der Arbeit« die besten Argumente gegeben für dieses Anliegen: »Die Blockade ist die äußerste Form des Protestes.« Ohne die Praktiken des zivilen Ungehorsams wäre Gauck – Mitglied der DDR-Op-

position – nie und nimmer heute Präsident und mithin Angela Merkel auch nicht Kanzlerin, so Habermas.

Noch eine Frage, wie es weiterging? Der DGB-Kongress nahm einen modifizierten Antrag des BJA an – der DGB sieht Aktionen des zivilen Ungehorsams als legitim an, heißt es dort.

DGB-Bundesjugendsekretär Florian Hagemmiller: »Die Jugend war beeindruckend aktiv und diskussionsbereit – und hat gezeigt, dass sie Pläne für die Zukunft hat.« 37 Anträge hat sie eingebracht.

Auch ein eindringlicher Appell in Richtung Europa ging von der Jugend aus: die EVG-Euro-railtour machte in Berlin Station. Junge EVGler_innen haben junge Eisenbahner_innen in der ganzen Europäischen Union besucht – außer auf Malta und Zypern, dort gibt es keine Eisenbahn – und mit ihnen über ihre Lebens- und Arbeitssituation und über die Zukunft von Europa gesprochen. Auf dem OBK berichteten sie von ihren teils bedrückenden Erfahrungen. ▀

Ideale Plattform

Die JAV-Vorsitzende Jacqueline Kluge ist bei der IG BCE und mit 21 Jahren die jüngste Delegierte.

Wie kamst du zum DGB-Kongress?

Meine Gewerkschaft hat mich angesprochen. Ich bin seit 2009 Mitglied, seit meiner Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation. Damals hat sich die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) vorgestellt. Die hatten so viel erreicht, das wollte ich auf jeden Fall unterstützen, und sei es nur, als einfaches Mitglied.

Wie bist du in der JAV gelandet?

Erst war ich Nachrückerin, aber bald schon JAVine. Ich habe mich dann sehr viel mit Ge-

werkschaft, mit Politik und Jugend im Betrieb beschäftigt. Ich kann sagen, ich habe mich weitergebildet. Meine Kollegen waren ebenfalls der Meinung, dass ich das gewisse Know-how mitbringe, um JAV-Vorsitzende zu sein.

Was sind die größten Probleme für junge Leute in eurem Betrieb?

Ich arbeite bei Boehringer Ingelheim, ein toller Arbeitgeber mit einer guten Ausbildung. Bei uns werden schon viele übernommen, aber ich will, dass die unbefristete Übernahme der Normalfall ist. Viele sind aber befristet, auch noch mit Kettenvertrag. Wir haben immerhin eine Konzernbetriebsvereinbarung erreicht, die be-

sagt, dass 25 Prozent Azubis unbefristet übernommen werden müssen.

Wie erlebst du den Kongress?

Die Jugend erfährt hier den nötigen Respekt. Unsere Aktionen werden gesehen – das ist die ideale Plattform. Das Wichtigste ist der Mindestlohn für Unter-18-Jährige! Deshalb auch die große Aktion, als Andrea Nahles



kam. Da müssen wir als Jugend einfach zusammenhalten. Die Debatte über den zivilen Ungehorsam hat mich emotional sehr mitgenommen – aber das macht Gewerkschaften aus! ▀

Wir brauchen die Garantie



Ausbildungsstellen: Die Ergebnisse des Berufsbildungsberichts 2014 kommentiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Der Ausbildungsmarkt befindet sich in einer handfesten Krise: Trotz einer robusten Konjunktur und steigender Schulabgängerzahlen haben wir 2013 einen historischen Tiefstand bei neuen Ausbildungsverträgen erreicht. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge sank auf den niedrigsten Wert seit 1977 – und damals wurden nur die westdeutschen Bundesländer gezählt. Nur noch gut jeder fünfte Betrieb bildet aus. Von 816.000 ausbildungsreifen Bewerbern haben nur 530.700 einen Ausbildungsplatz bekommen. Somit ging rund jeder dritte Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. Gleichzeitig konnten 33.500 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden.

Diese Zahlen zeigen: Es gibt massive Verwerfungen auf dem Ausbildungsmarkt. Einzelne Branchen haben große Schwierigkeiten, ihre

Ausbildungsplätze zu besetzen. Dies gilt insbesondere für das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie das Bäcker- und Fleischerhandwerk. Gerade in dieser Branche aber findet man auch die schlechtesten Ausbildungsbedingungen. Fast jeder zweite Ausbildungsvertrag in Deutschland wird vorzeitig aufgelöst. Branchen, die für Jugendliche wieder attraktiv werden wollen, müssen ihnen gute Ausbildungsbedingungen, eine bessere Bezahlung und gute Perspektiven bieten.

Bund, Länder und Sozialpartner müssen die duale Berufsausbildung gemeinsam wieder stärken. Junge Menschen haben ein Recht auf eine gute Ausbildung. Eine gute duale Berufsausbildung ist zudem das Rückgrat der Innovationskraft unserer Betriebe.

Der DGB wird sich an der von der Bundesregierung angekündigten Allianz für Aus- und Weiterbildung beteiligen, wenn wir dadurch tatsächlich entscheidende Verbesserungen für die Ausbildungschancen der Jugendlichen vereinbaren können. Wir müssen endlich eine Ausbildungs-garantie umsetzen, die Warteschleifen im Übergang von der Schule in den Beruf abbauen und die Qualität der Ausbildung auf die

Tagesordnung setzen. Ein schlichtes »Weiter so« darf es angesichts der Verwerfungen auf dem Ausbildungsmarkt nicht geben. ▀

Die Datenlage: Berufsbildung 2014

Laut neuem Berufsbildungsbericht gibt es:

21.000 unversorgte Bewerber_innen für Ausbildungsplätze, die 2013 ohne Angebot geblieben sind.

62.500 junge Menschen, die die Bundesagentur für Arbeit (BA) als »ausbildungsreif« einstuft und trotzdem in Ersatzmaßnahmen wie Praktika, Einstiegsqualifizierungen und berufsvorbereitenden Maßnahmen geparkt wurden.

106.640 Jugendliche, die den Bewerberstatus von der BA erhielten, aber trotzdem keinen Ausbildungsvertrag haben.

95.620 junge Bewerber_innen, deren Verbleib aus Sicht der BA unbekannt ist. ▀

Quelle: Berufsbildungsbericht 2014, www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php

Im Ausnahmen-Dschungel

Hartz IV für Auszubildende und Studis – gibt's das? Ja, aber nur unter besonderen Bedingungen. Das Portal Erwerbslos.de bringt nun ein Infoblatt zum Thema heraus.

Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit« – schön wär's: Ehrlich gerechnet fehlen hierzulande immer noch über vier Millionen Arbeitsplätze. Arbeitslosigkeit ist kein persönliches, sondern ein gesellschaftliches Problem. Selbst eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung ist keine Garantie dafür, auch übernommen zu werden oder sofort bei einem anderen Arbeitgeber eingestellt zu werden. Gerade die zweite Schwelle, der Übergang von der Ausbildung in den Beruf, stellt oftmals eine hohe Hürde dar.

Mit dem besonderen Flyer »Arbeitslos nach der Ausbildung« will das von Gewerk-



schaften und DGB unterstützte Portal Erwerbslos.de erste Hilfe leisten, falls man nach der Ausbildung – zunächst – keinen Job findet.

»Denn wenn du deine Rechte und Pflichten gut kennst, dann kannst du dir zustehende Leistungen besser bei der Arbeitsagentur durchsetzen und Fallstricke vermeiden«, schreiben die Autor_innen.

Der Flyer bietet passende Einstiegsinformationen zu den zentralen Fragen: Wer hat Anspruch auf Arbeitslosengeld II, wieviel gibt es davon und wie lange? Dazu werden Modellbeispiele präsentiert.

Für Schüler_innen, Studierende und Auszubildende gelten im Sozialgesetzbuch II einige Sonderregelungen. In der aktuellen Ausgabe des »A-Infos«, des Newsletters von Erwerbslos.de, wird darum erklärt, wer uneingeschränkt Hartz IV beziehen kann und in welchen Fällen ein teilweiser Leistungsausschluss gilt bzw. welche Leistungsarten dieser Ausschluss umfasst. Zentral ist dabei die Frage, ob ein Ausbildungsgang dem Grunde nach mit BAföG oder

Bundesausbildungsbeihilfe gefördert werden kann. Verrückterweise ist es egal, ob die Förderungen tatsächlich bezogen werden. Maßgeblich ist allein, ob der Ausbildungsgang »im Prinzip« förderungsfähig ist. So gilt ein Hochschulstudium als förderungsfähig, auch wenn Studierende selbst etwa wegen ihres Alters oder der Einkommenssituation – der Eltern – keinen Anspruch auf BAföG haben sollten.

Informationen, wie die Bedürftigkeitsprüfung bei Auszubildenden funktioniert und wie die Leistungsansprüche konkret berechnet werden, sollen demnächst folgen.

Klingt jedenfalls nach viel Spaß – es handelt sich um eine (r)echt komplexe Materie: »Die Sonderregelungen für Auszubildende sind sehr kompliziert und nur schwer nachvollziehbar. Es gelten zahlreiche Ausnahmen«, warnen die Autor_innen. Denn im Sozialgesetzbuch seien die Sachverhalte oftmals nicht direkt dargestellt, »es wird nur auf Paragraphen anderer Gesetze, vor allem des Bundesausbildungsförderungsgesetzes verwiesen«.

Kein Wunder, dass hier Aufklärung und Information wichtig sind. ▀

Das »A-Info« findet ihr auf www.erwerbslos.de, den Flyer ebenfalls, unter der Rubrik »Ratgeber und Flyer«

»Es gelten zahlreiche Sonderregelungen.«

Vollwertiger Ersatz

Gerichte haben klargestellt: Wer in die JAV nachrückt, hat auch den Übernahmeanspruch. Das ist gut für uns – Interessen vertreten soll sich schließlich lohnen!

JAV – Die Übernahme

Gewählte Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) – natürlich auch Mitglieder des Betriebs-/Personalrats – haben einen Anspruch auf Übernahme in ein ausbildungsadäquates unbefristetes Vollzeitverhältnis, sofern sie innerhalb der letzten drei Monate vor Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses schriftlich vom Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung verlangen. Rechtsgrundlage ist der § 78a Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) bzw. der § 9 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) für den öffentlichen Dienst. Eine zeitliche Mindestdauer der Gremiumsmitgliedschaft besteht bei der ganzen Angelegenheit nicht.

Damit Arbeitgeber nicht »nachtreten« können, ergibt sich aus beiden Anspruchsgrundlagen ein nachwirkender Übernahmeschutz: Danach kann ein Auszubildender auch dann eine Weiterbeschäftigung erfolgreich geltend machen, wenn das Berufsausbildungsverhältnis vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung der Gremiumsmitgliedschaft endet (§ 78a BetrVG bzw. § 9 BPersVG). Soweit, so gut.

Was ist mit Nachrücker_innen?

Nun herrscht oft Unsicherheit in einem Punkt: Können sich auch Ersatzmitglieder der Gremien auf diesen Übernahmeanspruch berufen?

Antwort: Erstmal nein. Da sie in beiden Fällen nicht erwähnt wurden, besteht für sie auch kein Übernahmeanspruch.

Wenn aber das zuständige Ersatzmitglied nachrückt und z. B. an JAV-Sitzungen teilnimmt, ist es in diesem Vertretungszeitraum ein rechtlich vollwertiges Gremiumsmitglied mit allen Rechten und Pflichten. Ergo: Wer innerhalb der letzten drei Monate vor Beendigung des Ausbildungsverhältnisses nachrückt und in diesem Zeitraum einen schriftlichen Antrag stellt, kann mit einer Übernahme rechnen.

Gerichte uneins

Unterschiedliche Rechtsauffassungen existierten bisher zur Frage, ob ein vorübergehend nachgerücktes Ersatzmitglied sich auch auf den nachwirkenden Schutz berufen kann, wenn der (letzte) Vertretungsfall bei erfolgreicher Beendigung des Ausbildungsverhältnisses länger als ein Jahr her ist. In der Privatwirtschaft ging das – das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat eine Nachwirkung bejaht, sofern das Ersatzmitglied auch fristgerecht die Weiterbeschäftigung verlangt hat.

Anders sah es im öffentlichen Dienst aus: Das zuständige Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) sah einen Übernahmeanspruch nur dann, wenn das Ersatzmitglied dem Gremium über einen längeren, geschlossenen Zeitraum angehört hat – oder Vertretungen dermaßen oft vorkamen, dass sie einer längeren Mitgliedschaft gleichkamen.

Ebenfalls wurde die Nachwirkung in dem Fall bejaht, wo ein Ersatzmitglied über einen längeren in sich geschlossenen Zeitraum dem Gremium angehört.

Wichtige Entscheidung

Jetzt hat das BVerwG seine umstrittene Rechtsauffassung endlich aufgegeben und sich der Rechtsprechung des BAG angeschlossen. Nunmehr ist die Übernahme für die im öffentlichen Dienst arbeitenden Gremiumsmitglieder nicht mehr von der Anzahl der Vertretungsfälle bzw. deren jeweiliger Dauer abhängig. Mit dem Übernahmeanspruch sollen Gremiumsmitglieder schließlich vor möglichen Benachteiligungen geschützt werden; da ist es nicht wichtig, ob ein Amt über einen kurzen oder längeren Zeitraum ausgeübt wurde. Sonst bestünde tatsächlich die Gefahr, dass eine engagierte Interessenvertretung deshalb nicht stattfindet, weil das Gremiumsmitglied Nachteile für seine zukünftige berufliche Entwicklung befürchtet.

Auch ein kurzzeitig nachgerückter Ersatz-JAVI kann aber bereits bei einmaligem Einsatz in einen solchen Gewissenskonflikt kommen, wenn er z. B. im Rahmen einer Betriebsratsitzung über eine außerordentliche Kündigung eines anderen Gremiumsmitglieds mitentscheiden soll. Das bedeutet: Um mögliche Nachteile durch die Amtsausübung zu verhindern, muss schon bei einmaliger Vertretung der volle Schutz des Gesetzgebers greifen.

Was sind Verhinderungsgründe?

Jedem Gremium steht es frei, dafür zu sorgen, dass möglichst viele Ersatzteilnehmer_innen für die Übernahme in Frage kommen. JAV bzw. Betriebs-/Personalrat können gleich zu Beginn einen gremiumsinternen Urlaubsplan erstellen und ganz bewusst Sitzungen bzw. andere Aktivitäten durchführen, wenn Gremiumsmitglieder Ferien machen. Die Ersatzteilnehmer_innen springen immer dann ein, wenn ein reguläres Gremiumsmitglied verhindert ist.

Welche Verhinderungsgründe gibt es? Hier wird zwischen tatsächlichen und rechtlichen Gründen unterschieden.

Beispiele für tatsächliche Gründe:

- Erholungsurlaub
- Bildungsurlaub
- Sabbatical



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt
Wolf-Dieter
Rudolph, Berlin

- Erkrankung/Arzttermin/Kur
- Teilnahme an Fortbildungs- und Schulungsveranstaltungen (sowohl dienstliche als auch Gremiumsschulungen)
- alle anderen Fälle persönlicher Verhinderung wie z. B. Teilnahme an Prüfungen
- im Einzelfall Abordnung/Tätigkeit in einem anderen Betrieb/Dienststelle
- Mutterschaftsurlaub
- Eltern-/Pflegerzeit.

Beispiele für rechtliche Gründe:

Sie liegen dann vor, wenn in einem Gremium über die persönliche Rechtsstellung eines ordentlichen Mitglieds gesprochen und abgestimmt werden soll: Kündigung, Versetzung, Abordnung, Umgruppierung oder Antrag auf Ausschluss aus dem Gremium.

Teilnahme bitte dokumentieren

Wenn Ersatzmitglieder aktiviert werden bzw. werden sollen, muss der genaue Zeitraum der Vertretung dokumentiert werden.

Unproblematisch sind Sitzungen der JAV bzw. des Betriebs-/Personalrats oder der Ausschüsse: Hier wird die Teilnahme immer protokolliert, weil's eine Anwesenheitsliste gibt. Dasselbe gilt für gemeinsame Besprechungen von Betriebs-/Personalrat und Arbeitgeber bzw. Dienststellenleitung.

Wer an anderen Aktivitäten teilnimmt – Sprechstunden, Versammlungen oder Betriebsbegehung –, sollte dies im Eigeninteresse unbedingt unter Angabe des Zeitraums, des Ortes sowie etwaiger Gesprächspartner_innen belegen können. Das gilt auch, wenn man Anregungen und Beschwerden bearbeitet oder sich einfach nur auf Sitzungen vorbereiten muss. ■

BVerwG, Az.: 6 P 6/13; tinyurl.com/bverwg_jav

Weitere Infos gibt's bei der ver.di Jugend: www.jav.info

**Ein Urteil
im Sinne der
engagierten Inter-
essenvertretung.**



1. Mai 2014: In vielen Städten – wie hier in Berlin und Ludwigshafen (oben) – war die Gewerkschaftsjugend am Start.

Da wollen wir hin

Eine neue Ordnung der Arbeitswelt ist zwingend notwendig. Es muss wieder zur Normalität werden, dass man eine vernünftige Ausbildung, eine unbefristete Übernahme mit Perspektive nach der Ausbildung erhält und einen fairen Lohn bekommt, von dem man leben kann, der genauso hoch ist wie der Lohn aller anderen Beschäftigten im Betrieb auch.

Es lohnt sich, dafür zu kämpfen! Lass uns gemeinsam weitermachen! Um das zu erreichen, brauchen wir starke Gewerkschaften. Und genau das sind wir. Wir sind eine starke Gemeinschaft. Die Gewerkschaften haben die Trendwende geschafft. Der Mitgliederrückgang ist gestoppt. Und wir haben viele Erfolge zu verzeichnen.

Sprecht eure Freunde, Bekannten, Kolleginnen und Kollegen auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft an. Gemeinsam sind wir stark und können noch viel erreichen! ▀

DGB-Bundesjugendsekretär Florian Hagenmiller in seiner Rede vor den Arbeitnehmer_innen in Ludwigshafen.

Erinnern ist Wissen

Gedenkkultur: »Was hat der Holocaust mit mir zu tun?« lautet der Titel eines Buches, in dem 37 Prominente Stellung beziehen. Und mit mir?, fragt Nelo Locke.

Während meiner Schulzeit habe ich das Zeitfenster des Nationalsozialismus dreimal behandelt. Irgendwann war es schwer, zu folgen: Es wurden meist Jahreszahlen heruntergeratet und Namen von Machthabern abgefragt. Schillernde Ausnahme war die Unterrichtsstunde, als wir »Schindlers Liste« sahen. Da war es plastisch und greifbar, wie grausam und schrecklich der Holocaust gewesen war. Dennoch, wie das Leben der einfachen Leute und deren Alltag aussahen, darüber wurde viel zu wenig gesprochen. Um aber eine Vorstellung davon zu bekommen, was eigentlich los war in Deutschland zu jener Zeit, brauchte ich andere Bücher.

Der Band »Was hat der Holocaust mit mir zu tun?« ist ein solches Buch. Hier versammeln sich 37 Menschen, um eine Antwort auf diese Frage zu geben. Und sie vermitteln einen Eindruck dessen, wie weit die Politik der Nazis in den Alltag und das Leben der Menschen hineinreichte. Sie stellen sich aber auch noch andere Fragen: Wer war von Verfolgung betroffen? Wie funktioniert Ausgrenzung? Kann so etwas wieder passieren? Was habe ich damit zu tun?

Hier schreiben Überlebende, Wissenschaftler_innen, jüdische und nicht-jüdische Schriftsteller_innen, Filmemacher_innen, Politiker_innen, Journalist_innen, Mitarbeiter_innen von Gedenkstätten. So verschieden wie ihre Perspektiven sind, sind auch ihre Themen. Inge Deutschkron schreibt als Überlebende, warum es ihre Aufgabe ist, die Erinnerung lebendig zu halten. Wolfgang Seibel beschreibt, was im Eichmann-Prozess geschah, und erklärt Teile von Hannah Arendts Theorie. Sarah Diehl spricht über jüdische und deutsche Identitäten. Gerrit Hohendorf erläutert, was es mit der Euthanasie auf sich hatte. Hermann Vinke berichtet von einem deutschen Soldaten namens Wilm Hosenfeld, der viele Juden und Polen rettete. Wolfgang Thierse hält ein Plädoyer für Berlin als Ort der Erinnerung. Cem Özdemir erinnert daran, dass Erinnerungskultur für Deutsche mit Migrationshintergrund wichtig ist. Karl Braun erläutert, wie die Rassenideologie aufkam, wie sie sich mit bereits bestehenden antisemitischen Vorurteilen verband.

Das Besondere an diesem Buch: Es lässt sich trotz des schweren Themas gut lesen. Es richtet sich explizit an junge Menschen, die Sprache ist zugänglich. Es bietet einen guten Überblick und lässt gleichzeitig Platz für neue Fragen. Denn mehr zu lesen und zu lernen, das lohnt sich immer. Was hat der Holocaust mit mir zu tun? Es gibt viele mögliche Antworten

Nie vergessen

Soli aktuell-Reihe: Der Gedenktag am 27. Januar 2015.

Der DGB-Bundesjugendausschuss hat beschlossen, dass die Gewerkschaftsjugend um den 27. Januar 2015 anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau dort eine Gedenkveranstaltung durchführt. Das Ziel: die Erinnerung an die Opfer zu erhalten. Wir stellen dazu verschiedene Ansätze der Gedenkkultur vor. ▀

auf diese Frage. Nur eine einzige kann es in Deutschland nicht geben: nichts. Denn selbst wenn in meiner Familie nicht darüber gesprochen wurde, selbst wenn ich keine Überlebenden persönlich kenne, wenn ich niemanden kenne, die oder der historisch damit arbeitet: Die Shoah ist Teil der deutschen Geschichte. Und als Menschen, die hier leben, tragen wir eine Verantwortung. Dazu gehört auch, das Gedenken lebendig zu halten und die Geschichte nicht zu vergessen. Und dafür muss man die Geschichte auch kennen. ▀



Nelo Locke ist Beraterin beim DGB-Jugend-Projekt »Students at work«.

Harald Roth (Hg.): Was hat der Holocaust mit mir zu tun? Pantheon-Verlag, München 2014, 304 S., 14,99 Euro

Wirtschaft diskutieren

Hallo Soli! Das Projekt: Europa diskutieren. Von Tim Ackermann

Europawahl hin oder her, nach wie vor führt die Austeritätspolitik in den europäischen Krisenstaaten zu einer fallenden Wirtschaftsleistung und einem erheblichen sozialen Abstieg weiter Bevölkerungsteile. Wirtschaftspolitische Alternativen, die die Möglichkeit eines sozialen Europas bieten, sind dringend vonnöten.

In diesem Kontext hat die DGB-Jugend Hagen in Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk und der Jugendbildung in Hattingen im April 2014 ein wirtschaftspolitisches Seminar veranstaltet. Schwerpunkt: Eurokrise. Gemeinsam mit Schüler_innen der Gesamtschulen Haspe und Eilpe aus Hagen haben wir uns zwei Tage intensiv mit diesem Thema und den erstarkenden extrem rechten Parteien und Bewegungen befasst.

Zu Beginn gab Politikwissenschaftler Andreas Nölke von der Goethe-Universität in Frankfurt einen Einblick in die soziale und wirtschaftliche Lage in Südeuropa. Der Bezirksvor-



Rassismus kann uns mal - die DGB-Jugend Hagen kann Seminar auch ganz praktisch

sitzende Andreas Meyer-Laubler legte die Position des DGB zu einem sozialen Europa dar. Florian Rommel von der Alanus-Hochschule in Bonn fragte, wie wir unser Zusammenleben gemeinsam gestalten wollen. Die derzeitigen Wirtschaftswissenschaften kümmern sich um so etwas gar nicht mehr.

Anschließend gab Mark Haarfeldt von der DGB-Jugend NRW einen Überblick über die extreme Rechte und ihre Bedeutung bei der Europawahl. Am Schluss skizzierte Jochen Mar-

quardt, der Regionsvorsitzende der DGB-Region Ruhr-Mark, die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Gewerkschaften sowohl in Europa als auch vor Ort in den Kommunen. Die Schüler_innen rief er auf, aktiv Einfluss auf die sie umgebende Gesellschaft zu nehmen. ▀



Tim Ackermann ist DGB-Jugendbildungsreferent.

Flashmob allowed

Das BAG sagt: Wir dürfen blitzartigen Arbeitskampf führen.

Gewerkschaften können ihren Forderungen auch mit Flashmob-Aktionen Nachdruck verleihen. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG), das der Gewerkschaft ver.di erlaubt hatte, damit einen Supermarkt lahmzulegen. Gewerkschaftlich organisierte Flashmob-Aktionen während eines

Streiks verstoßen demnach grundsätzlich nicht gegen das Verfassungsrecht.

Die Karlsruher Richter_innen verwarfen damit eine Verfassungsbeschwerde eines Arbeitgeberverbands. ver.di hatte 2007 während eines Arbeitskampfes zu einer Flashmob-Aktion in einer Berliner Supermarktfiliale aufgerufen, in der auch noch Streikbrecher_innen arbeiteten. Dabei kamen etwa 40 Personen in die Filiale und verursachten durch den koordinierten Kauf zahlreicher Cent-Artikel Kassenschlangen. Ei-

nige Hindernisse installierten sie außerdem: Die Einkaufswagen packten sie mit Waren voll und ließen sie im Laden stehen!

Der klagende Arbeitgeberverband hatte ver.di den Aufruf zu weiteren derartigen Flashmobs untersagen lassen wollen. Pustekuchen, sagen die Gerichte: Denn Flashen ist mit dem Grundgesetz vereinbar. ▀

www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilung/bvg14-035.html

Aktivposten

Die »Revolution Bildung« geht in die nächste Phase: Ab Juni will die **IG Metall Jugend** mit zahlreichen Aktionen in die Öffentlichkeit. In allen IG Metall-Bezirken sind Camps, Konferenzen und dezentrale Aktionstage geplant. Bei ihrer Revolution setzt die IG Metall voll auf die Beteiligung der Azubis, Studierenden und jungen Beschäftigten. »Sie sollen selbst Ideen entwickeln und entscheiden, was für sie wichtig ist«, macht IG Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer klar.

www.revolution-bildung.de

Die **GEW** hat Schulklassen ausgezeichnet, die herausragende Beiträge im Rahmen des Ideenwettbewerbs »Kinderarbeitsfreie Zonen«

erarbeitet haben. »Jedes Kind hat ein uneingeschränktes Recht auf Bildung! Dennoch werden bis heute weltweit die Rechte von Kindern systematisch verletzt - vor allem dort, wo Mädchen und Jungen zu ausbeuterischer Kinderarbeit gezwungen werden. Dagegen haben die Schüler_innen und ihre Lehrkräfte mit den Projekten ein deutliches Zeichen gesetzt«, sagte der Jury-Vorsitzende Otto Herz während der Preisverleihung im Rahmen der Bildungsmesse Didacta in Stuttgart.

Die Preise gehen u. a. an die 8 a/b des Lise-Meitner-Gymnasium Königsbach-Stein für das Projekt »Kinderarbeitsfreier Spielplatz« und an die Grundschule Mümmelmannsberg in Ham-

burg für »Stopp Kinderarbeit - Nachdenken, Nähen und Schreiben«.

Soli aktuell findet: Das richtig. Arbeit hat auf dem Spielfeld nichts zu suchen!

Infos: www.gew-ideenwettbewerb.de

Das Bundestreffen der **IG BCE-Jugend** beginnt am 29. Mai 2014 in Reinwarzhofen. Das Energieforum folgt am 4. Juli in Leipzig.

www.igbce-jugend.de

Schon zum zweiten Mal in einem Jahr erhalten Azubis und dual Studierende der Deutschen Bahn eine höhere Ausbildungs- bzw. Studienvergütung.

Soli aktuell fährt da: Voll drauf ab.

www.evg-jugend.org

Film des Monats

»Paris um jeden Preis« – das bedeutet Glamour, Fashion, prekäre Beschäftigung. Jungdesignerin Maja steht kurz vor dem Durchbruch, der erste feste Job winkt. Darüber vergisst die junge Marokkanerin, dass ihre Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist. Verkehrskontrolle, Polizei, Abschiebeknast: Innerhalb eines Tages findet sie sich bei der Verwandtschaft in Marrakesch wieder. In zwei Wochen ist Fashion Week – bis dahin muss sie wieder in Paris sein. Vom Pass fälschen über Schlepper und tödliche Mittelmeerfahrt lässt dieser gewagte Film nichts aus.

Soli aktuell war drin und meint: Hart an der Kante! Eine Komödie über das europäische Grenzregime gemixt mit der Beschäftigungssituation junger Menschen – das muss man sich erstmal trauen.

»Paris um jeden Preis«. D/A 2014. Regie/Darstellerin: Reem Kherici. Kinostart: 22. Mai 2014



Zum Lesen: Das Hand- und Mitmachbuch »fair-handeln!« stellt neben Rezepten und Handlungsanleitungen eine Sammlung von Projekten vor, die auf nachhaltigem Konsum basieren.

Jaana Prüss u.a.: Fair-handeln! Morgengrün, Berlin 2014, 192 S., 19,90 Euro

Voll Links: Ihr seid auf der Suche nach einem Job? Die DGB-Jugend hat die Linkliste, die von Nebenjobs bei euch um die Ecke über spezielle Jobbörsen bis hin zur Arbeit im Ausland alles zu bieten hat.

<https://jugend.dgb.de/-/iB9>

Projekttag Demokratie und Mitbestimmung:

Dieser Tag wendet sich an Auszubildende, um sich mit Themen ihrer Ausbildungswelt und der Gesellschaft, in der wir leben, auseinanderzusetzen. Unsere Schulung richtet sich aber an DICH – denn wir bilden dich für unsere Berufsschultour zum Teamer aus. Achtung: Euer Bezirk muss euch vorschlagen.

3. bis 8. August 2014. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

**Hattingen – Seminare**

Mit Astrid Henn, Leiterin der DGB-Jugendbildung

»Students at work«: Und noch mal Beraten lernen! Beim arbeits- und sozialrechtlichen Einführungsseminar geht's um die Grundlagen der gewerkschaftlichen Erstberatung für Studierende. Mit vielen praktischen Übungen wollen wir den Praxiseinsatz trainieren. Und zu Hause könnt ihr dann gleich loslegen.

17. bis 22. August 2014. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Wirtschaftsthiller: Seit sechs Jahren jetteten die erfolgreichen Unternehmensberater Öllers und Niederländer durch die Welt, um den Profithunger ihrer Kunden zu stillen. Jetzt, wo sie in den Vorstand der Firma aufsteigen sol-



len, kommt ihnen die ehrgeizige Bianca zuvor. Es ist die »Zeit der Kannibalen«. Krasse, gut besetzte Karikatur der Schlips- und Kragenbranche.

»Zeit der Kannibalen«. D 2013. Regie: Johannes Naber. Mit David Striesow, Sebastian Blomberg u.a. Kinostart: 22. Mai 2014. Ausführliche Kritik auf www.gegenblende.de

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Florian Haggenmiller

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 226

Projekt: Mirjam Blumenthal

Redaktion: Jürgen Kiontke

E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Internet: jugend.dgb.de

Druck: PrintNetwork pn GmbH

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 - 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

soli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Soli aktuell online abonnieren auf http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/magazin-soli

Ich möchte monatlich _____ Exemplar(e) bestellen.

vorname

name

organisation

funktion

straße

nummer

plz

ort

unterschrift

DGB-Bundesvorstand
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin